



AMT DER  
TIROLER LANDESREGIERUNG  
Präsidentialabteilung II/EU-Recht

A-6020 Innsbruck  
Eduard-Wallnöfer-Platz 3

Tel.: (0512) 508  
Klappe: 2208

Fax: (0512) 508-2185

Sachbearbeiter: Dr. Biechl  
DVR: 0059463

Präs. II/EU-Recht-1447/6

An das  
Bundesministerium für Finanzen  
Himmelfortgasse 4 - 8  
Postfach 2  
1015 Wien

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen

Innsbruck, 22.08.1996

Zl.	56	-GE/13	16
Datum:	5. SEP. 1996		
Vorlegt:	6.9.96		

*Dr. Klaus Grober*

**Betreff:** Bundesgesetz über die Novellierung des Pensionskassengesetzes und des Einkommensteuergesetzes;  
Stellungnahme

Zu GZ 23 3700/32-V/14/96 vom 16. Juli 1996

Bereits in der Stellungnahme zum Entwurf eines Pensionskassengesetzes (Stellungnahme der Landesregierung vom 15.9.1989, Präs. II-1447/2) wurde das vorgesehene System einer betrieblichen und überbetrieblichen Altersvorsorge durch Schaffung von Pensionskassen kritisch beurteilt. Die in sechs Jahren gesammelten Erfahrungen haben die damals aufgezeigten Schwächen des Systems bestätigt, weshalb nunmehr die seinerzeit strengen Regelungen liberalisiert werden sollen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold  
Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

*Arnold*